

Bericht aus Brüssel

SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5028

10. Juli 2025

Regionale Verantwortung im Wandel – Europa braucht Umsetzungskraft vor Ort

*Bericht zur 167. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR)
Brüssel, 2.–3. Juli 2025*

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) kam Anfang Juli zu seiner 167. Plenartagung in Brüssel zusammen. Die Sitzung machte erneut deutlich, wie sehr Europas Zukunft von einer starken regionalen Verankerung abhängt – und wie entscheidend die Umsetzungsfähigkeit vor Ort ist. Die Erwartungen an Städte, Kreise und Länder wachsen spürbar.

Für den Schleswig-Holsteinischen Landtag nahm MdL Eka von Kalben (Grüne) teil. Sie betonte die Rolle des AdR als „Scharnier zwischen europäischer Entscheidungsebene und regionaler Wirklichkeit“ und unterstrich, dass Europa nur funktioniere, wenn die Regionen nicht erst bei der Umsetzung gefragt seien, sondern von Anfang an mitgestalten.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die europäische Klimapolitik, der Bürokratieabbau, die Reform des Globalisierungsfonds und die Frage, wie Generationengerechtigkeit dauerhaft im Politikprozess verankert werden kann.

Klimapolitik mit Rückhalt vor Ort: Vorbereitung auf COP30

Ein Schwerpunkt war die Vorbereitung der UN-Klimakonferenz COP30, die im November 2025 im brasilianischen Belém stattfinden wird. In einer Grundsatzdebatte mit Ana Toni, CEO der brasilianischen COP-Präsidentschaft, und Antonio Decaro, Vorsitzender des ENVI-Ausschusses im Europäischen Parlament, unterstrichen die Mitglieder des AdR die Schlüsselrolle der regionale Ebene für das Erreichen der Klimaziele.

Die verabschiedete Stellungnahme unter Federführung von Nadia Pellefigue (Frankreich, PES) fordert, Regionen direkten Zugang zu Klimafonds zu gewähren, sie stärker in die nationalen Klimabeiträge (NDCs) einzubeziehen und ein eigenständiges Programm für gerechten

Strukturwandel aufzulegen. Ohne verbindliche Beteiligung der Regionen werde der europäische Green Deal nicht greifen.

Für eine einfachere EU-Gesetzgebung: „Simpler and Faster Europe“

Mit der Stellungnahme „Simpler and Faster Europe“ nahm der AdR die EU-Gesetzgebung selbst in den Blick. Jelena Drenjanin (Schweden, EVP) kritisierte die zunehmende Komplexität vieler Richtlinien und forderte eine deutlich stärkere Ausrichtung an der Praxis. Gesetze müssten nicht nur gut gemeint, sondern auch gut umsetzbar sein – insbesondere für kleinere und mittlere Kommunen.

Der Ausschuss fordert, das Subsidiaritätsprinzip systematisch anzuwenden, regionale Verwaltungen frühzeitig einzubeziehen und Folgenabschätzungen verbindlich vorzuschreiben. Bestehende Instrumente wie „RegHub“ sollten konsequenter genutzt und administrative Belastungen frühzeitig geprüft werden.

Globalisierung gerecht gestalten: Reform des Europäischen Globalisierungsfonds

Breiten Raum nahm die Diskussion um die Reform des Europäischen Globalisierungsfonds (EGF) ein. Christophe Rouillon (Frankreich, PES) stellte einen Vorschlag vor, der den Fonds praxisnäher und zugänglicher machen soll. Künftig soll der Zugang bereits ab 150 betroffenen Beschäftigten möglich sein – auch in kleinen und mittleren Unternehmen.

Zugleich sollen regionale Behörden eine stärkere Rolle bei Antragstellung und Umsetzung erhalten. Rouillon betonte die Dringlichkeit angesichts des Umbruchs in Industrie, Automobilwirtschaft und Dienstleistungen. Vereinfachte Verfahren und mehr Transparenz bei der Mittelverwendung seien notwendig, um das Vertrauen in europäische Strukturen zu stärken.

Gerechte Zukunft: Generationengerechtigkeit im EU-Prozess verankern

Mit einer Stellungnahme zur Intergenerational Fairness will der AdR künftige Generationen stärker berücksichtigen. Tine Radinja (Slowenien, Grüne) schlug vor, die Rechte junger Menschen institutionell zu verankern. Ein verpflichtender „Youth Policy Test“ für neue Gesetzesinitiativen soll sicherstellen, dass politische Entscheidungen langfristig tragfähig bleiben.

Darüber hinaus soll die Jugendbeteiligung auf lokaler Ebene strukturell gestärkt und europaweit besser vernetzt werden. Die Stellungnahme fordert auch koordinierte Maßnahmen gegen intergenerationelle Armut, etwa für Jugendliche ohne Ausbildung oder Beschäftigung (NEET). Diskutiert wurde zudem eine Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen.

Weitere Themen: Von Weinpolitik bis Industrietransformation

Neben den zentralen Debatten verabschiedete der Ausschuss weitere Stellungnahmen. Roberto Ciambetti (Italien, EKR) sprach zur Marktregulierung im Weinsektor, Joke Schauvliege (Belgien, EVP) zur Zukunft der Agrar- und Ernährungspolitik. William Elofsson (Schweden, EVP) stellte Ansätze für einen „Clean Industrial Deal“ vor. Åsa Ågren Wikström (Schweden, EVP) skizzierte Wege zur Finanzierung lokaler Transformationsstrategien.

In allen Themenbereichen wurde deutlich: Ohne differenzierte regionale Verantwortung sind europäische Strategien weder wirksam noch dauerhaft tragfähig.

Ausblick: NAT-Ausschuss am 11. Juli 2025 – Krisenvorsorge, Arzneimittelversorgung, nachhaltiger Tourismus

Am morgigen Freitag, den 11. Juli, tagt der Ausschuss für Naturressourcen (NAT) des AdR. Auf der Tagesordnung stehen drei drängende Themen, die für Europas Resilienz und Zukunftsfähigkeit zentral sind.

Ein Schwerpunkt ist die „Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge“.

Berichterstatterin María Isabel Urrutia de los Mozos (Spanien, EVP) will darlegen, wie Regionen besser auf Naturkatastrophen, Pandemien oder Versorgungskrisen vorbereitet werden können. Als Gäste sind unter anderem Joachim Streit (Deutschland, Renew Europe), Mitglied des Europäischen Parlaments, Monica Scatasta von der Europäischen Investitionsbank und Alessio Mammi, Landwirtschaftsminister der Region Emilia-Romagna, eingeladen.

Ein zweites Kernthema ist der „Rechtsakt zu kritischen Arzneimitteln“, für den Eka von Kalben (Deutschland, Grüne) die Berichterstattung übernimmt. Diskutiert wird, wie sich die Arzneimittelversorgung in Europa resilienter und nachhaltiger gestalten lässt. Eingeladen sind Expertinnen und Experten aus Behörden, der EU-Kommission, Patientenvertretungen und dem europäischen Apothekerverband.

Drittens geht es um eine „Strategie für nachhaltigen und resilienten Tourismus“. Hier stehen der Ausgleich zwischen wirtschaftlichen Interessen und ökologischen Belastungen sowie Anpassungsstrategien an den Klimawandel im Fokus. Beiträge kommen unter anderem aus Polen, der EU-Kommission und von Necstour, dem europäischen Netzwerk für nachhaltigen Tourismus.